

14.12.2011 in Karlsruhe

---

**TOP 6      Standortnahes Zwischenlager für bestrahlte Kernbrennstoffe,  
Philippsburg  
Antrag der CDU-Fraktion vom 29.11.2011**

**Antrag der CDU - Fraktion im Regionalverband Mittlerer Oberrhein für die Sitzung des Planungsausschusses am 14. Dezember 2011 auf Verabschiedung einer Resolution bezüglich der beabsichtigten Genehmigung der Aufbewahrung von Kernbrennstoffen im Standort-Zwischenlager in Philippsburg der EnBW Kraftwerke AG**

Der Planungsausschuss beschließt nachstehende Resolution und beauftragt die Verwaltung, diese an die Gemeinderäte der Nachbargemeinden, die Bundesregierung, die Landesregierungen aller Bundesländer, das Bundesamt für Strahlenschutz, die anderen Kraftwerksstandorte und an die EnBW zu versenden:

Der Kraftwerkstandort Philippsburg trägt drei Risiken:

1. die aktive Produktion in Block II
2. die Nachbetriebsphase in Block I
3. das Standortzwischenlager.

Unter sicherheitstechnischen Gesichtspunkten ist eine Erweiterung dieser Risiken nicht tolerierbar. Abfälle aus der Wiederaufbereitung und/oder von anderen Kernkraftwerksstandorten dürfen deshalb im Standortzwischenlager in Philippsburg **n i c h t** aufgenommen werden.

Der Gemeinderat der Stadt Philippsburg hat ausgehend von diesen Tatsachen und vor dem Hintergrund, dass niemand in Philippsburg das Zwischenlager am Kernkraftwerkstandort gewollt hatte, einstimmig beschlossen:

Wir fordern den Bund und die Länder auf, an der derzeitigen Genehmigungs- und Rechtslage für Standortzwischenlager unumstößlich festzuhalten.

Wir fordern den Bund und die Länder auf, noch vor Ablauf der Genehmigungsfrist für die Zwischenlager für eine Endlagerung der bestrahlten Brennelemente außerhalb der Standortzwischenlager zu sorgen.

Wir fordern den Bund und die Länder auf, für die Endlagerung von hochradioaktivem Müll unverzüglich in tiefen geologischen Formationen nach geeigneten Endlagern zu suchen.

Für die Fraktion:

**Klaus-Dieter Scholz**